

Der Volksstaat

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Fiskal-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
H. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haß,
8. W. Corner Third and
coates str. Philadelphia.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den Dien
u. den Monat und auf den
Zwei Monat besonders an-
genommen; im Rgr. Sachsen
u. Erzst. Sach.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 5 1/2 Sgr.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Fiskal-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Rgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 1/2 Rgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 138.

Freitag, 27. November.

1874.

Abonnements auf den „Volksstaat“

für den Monat Dezember zu 5 1/2 Groschen werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 6 Gr. bei der Expedition, Zeitungsstraße 44, und bei Colporator Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Fiskal-Expeditionen: für Volkmarstorf, Reudnitz, Neuschönefeld u. bei Frau Friedrich, Anger Nr. 5, für Connewitz u. bei Reubert, Bornaische Straße 19, für Kleinzschocher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für Thonberg bei Zeitungsredakteur Zschau, Neureudnitz 15, 1 Tr., für Plagwitz und Lindenau bei Schuster, Merseburgerstr. 26, für Gohlis u. bei D. Peukert, Hauptstr. 19, für Stötteritz bei Fr. Vogele, Hauptstr. 38, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 7 1/2 Gr. frei in's Haus abonniert bei Trautmann, Mariannenstraße 4, vorn 3 Tr.; Rubenow, Brunnenstr. 34 im Laden; Wegner, Elisabethstraße 1; Vogel, Prinzenstraße 61; Alb. Schuster, Blumenstr. 36 b, 4 Tr.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten.

An die Parteigenossen!

Alle Parteigenossen, die sich in Untersuchungs- oder Strafhaft befinden haben, werden dringend ersucht, einen genauen Bericht über ihre Behandlung im Gefängnis an B. Liebknecht, Braunschweigstraße 11, Leipzig, oder Reichstag, Berlin, einzusenden, und zwar möglichst bald, da die Sache im Reichstage zur Sprache gebracht werden soll.

Enthüllungen über den Kommunisten-Prozess zu Köln.

(Fortsetzung.)

Woher wußte nun Stieber, daß am 27. Oktober sein Brief von Marx an Schneider II. geschickt war? Aber er wußte nicht am 27., sondern am 25. Oktober und nicht an Schneider II., sondern an v. Pombeim verschickt. Stieber wußte also nur, daß der Brief noch existiere, und er ahnte, daß Marx ihn irgend einem Vertrautlichen mittheilen werde. Woher diese Ahnung? Als die „Kölnische Zeitung“ Stieber's Aussage vom 18. Oktober über Cherval u. nach London brachte, schrieb Marx an die „Kölnische Zeitung“, an die „Berliner Nationalzeitung“ und an das „Frankfurter Journal“ eine vom 21. Oktober datirte Erklärung, an deren Schluß dem Stieber mit seinem noch vorhandenen Briefe gedroht wird. Um den Brief „ganz geheim“ zu halten, kündigte ihn Marx selbst in den Zeitungen an. Er scheitert an der Freigabe der deutschen Tagespresse, aber die preussische Post war nun instruiert und mit der preussischen Post ihr — Stieber.

Was also hat Goldheim aus London heimgejagt? Daß Hirsch nicht falsch schwört, daß B. Liebknecht keine „falsche“ Existenz besitzt, und das Originalprotokollbuch kein Originalprotokollbuch ist, daß die allwissenden Londoner Agenten alles wissen, was die „Partei Marx“ in der Londoner Presse veröffentlicht hat. Um die Ehre der preussischen Agenten zu retten, legt Goldheim ihnen die spärlichen, durch Briefabrechnung und Briefunterdrückung aufgesteckten Notizen in den Mund.

In der Sitzung vom 4. November, nachdem Schneider II. den Stieber und sein Protokollbuch vernichtet, ihn der Fälschung und des Meineids überwiesen hat, springt Stieber zum letzten Mal vor und macht seiner stillosen Entrüstung Luft. Sozgar, ruft er aus indignirter Seele, sogar Herrn Wermuth, den Polizei-Direktor Wermuth wagt man des Meineids zu zeihen. Stieber ist also wieder zur orthodoxen Stufenleiter zurückgekehrt, zur aufsteigenden Linie. Früher bewegte er sich in heterodoxer, in absteigender Linie. Wollte man ihm, dem Polizei-Rath, nicht glauben, so doch seinem Polizei-Lieutenant, wenn nicht dem Polizei-Lieutenant, so doch dessen Polizeiagenten, wenn nicht dem Agenten Fleury, so doch dem Unter-Agenten Hirsch. Jetzt umgekehrt. Er, der Polizei-Rath, könne vielleicht falsch schwören, aber Wermuth ein Polizei-Direktor? Unglaublich! In seinem Unmuth lobt er den Wermuth mit steigender Bitterkeit, schenkt dem Publikum seinen Wermuth ein, Wermuth als Mensch, Wermuth als Advokat, Wermuth als Familienvater, Wermuth als Polizei-Direktor, Wermuth für ever.

Selbst jetzt in öffentlicher Sitzung sucht Stieber die Angeklagten immer noch au secret zu halten und eine Barriere zwischen der Vertheidigung und dem Vertheidigungsmaterial aufzuschlagen. Er beschuldigt Schneider II., „criminaler Verbindung“ mit Marx. Schneider begehe in ihm ein Attentat auf die höchsten preussischen Behörden. Selbst der Assisenpräsident Obbel, ein Obbel selbst, fühlt sich erdrückt unter der Wucht Stieber. Er kann nicht umhin; wenn auch in suchsam-serviler Weise, läßt er einige Nachforschungen auf Stieber's Nothen fallen. Aber Stieber hat seinen Recht. Es ist nicht sein Individuum, es ist die Prokuratur, das Gericht, die Post, die Regierung, das Polizei-Präsidium zu Berlin, es sind die Ministerien, es ist die preussische Wesandtschaft zu London, kurz es ist der preussische Staat, der mit ihm am Pranger steht, das Originalprotokollbuch in der Hand.

Herr Stieber hat nun die Erlaubniß, die Antwort der „Neuen Rheinischen Zeitung“ drucken zu lassen.

Rehren wir noch einmal mit Goldheim nach London zurück. Wie Stieber noch immer nicht weiß, wo Cherval sich aufhält und wer Cherval eigentlich ist, so ist nach Goldheim's Aussage

(Sitzung vom 3. November) die Entstehungsart des Protokollbuchs immer noch nicht völlig aufgeklärt. Um sie aufzuklären, giebt Goldheim 2 Hypothesen.

Für die noch nicht völlig aufgeklärte Entstehungsart des Buches giebt es, sagt er, nur zwei Wege. Entweder rühre solches, wie der Agent fest versichert, wirklich von Liebknecht her, der, um seinen Verrath nicht klar zu machen, es vermieden habe, seine Handschrift herzugeben.

B. Liebknecht gehört notorisch der „Partei Marx“ an. Aber die im Protokollbuch befindliche Unterschrift Liebknecht gehört eben so notorisch nicht dem B. Liebknecht. Stieber schwört daher in der Sitzung vom 27. Oktober, der Verfasser dieser Unterschrift sei auch nicht jener B. Liebknecht, sondern ein anderer Liebknecht, ein S. Liebknecht. Er habe die Existenz dieses Doppelgängers erfahren, ohne die Quelle seiner Erfahrung angeben zu können. Goldheim schwört: „Fleury habe behauptet, daß er das Buch wirklich von einem Mitglied der „Marx'schen Partei“, Namens S. Liebknecht, erhalten hat.“ Goldheim schwört ferner: „er habe dieses S. Liebknecht zu London nicht habhaft werden können.“ Welches Existenzzeichen hat also bisher der von Stieber entdeckte S. Liebknecht der Welt im Allgemeinen und dem Polizei-Lieutenant Goldheim im Besonderen gegeben? Kein Existenzzeichen, außer seiner Handschrift im Originalprotokollbuch; aber jetzt erklärt Goldheim: „Liebknecht habe es vermieden, seine Handschrift herzugeben.“

S. Liebknecht existierte bisher nur als Handschrift. Jetzt bleibt also nichts mehr von S. Liebknecht übrig, nicht einmal eine Handschrift, nicht einmal der Punkt auf dem i. Woher aber Goldheim weiß, daß der S. Liebknecht, dessen Existenz er nur aus der Handschrift des Protokollbuchs kennt, eine vom Protokollbuch verschiedene Handschrift schreibt, das bleibt ein Geheimniß Goldheim's. Wenn Stieber seine Wunder hat, warum sollte nicht Goldheim seine Wunder haben?

Goldheim vergißt, daß sein Vorgesetzter Stieber die Existenz des S. Liebknecht vorgeschworen, daß er selbst sie noch eben geschworen hat. In demselben Athemzug, worin er auf den S. Liebknecht schwört, erinnert er sich, daß S. Liebknecht eigentlich nur ein von Stieber erfundener Nothbehelf, nur eine Nothlüge war, und Noth hat kein Gebot. Er erinnert sich, daß es nur einen echten Liebknecht giebt, den B. Liebknecht, daß aber, wenn der B. Liebknecht echt, die Protokollbuchunterschrift falsch ist. Er darf nicht gestehen, daß Fleury's Unteragent Hirsch mit dem falschen Protokollbuch auch die falsche Unterschrift fabrizirt hat. Er macht daher die Hypothese: „Liebknecht habe es vermieden, seine Handschrift herzugeben.“ Machen wir auch einmal eine Hypothese. Goldheim hat früher einmal Bantnoten gefälscht. Er wird vor Gericht gestellt, es wird bewiesen, daß die auf der Note figurirende Unterschrift nicht die des Bankdirektors ist. Nehmen Sie mir es nicht übel, meine Herren, wird Goldheim sagen, nehmen Sie es nicht übel. Die Bantnote ist echt. Sie rührt vom Bankdirektor selbst her. Wenn sein Name nicht in seiner eigenen, sondern in einer falschen Unterschrift ausgefertigt ist, was thut das zur Sache? „Er hat es eben vermieden, seine Handschrift herzugeben.“

Oder, fährt Goldheim fort, wenn die Hypothese mit dem Liebknecht falsch ist: „oder der Agent Fleury habe die Notizen zu dem Buche von 2 andern Freunden des Marx, den Flüchtlingen Dronke und Imandt erhalten und habe diese Notizen, um seiner Waare einen desto höheren Werth zu geben, in die Form eines Originalprotokollbuches gebracht. Es sei nämlich durch den Polizei-Lieutenant Greif amtlich festgestellt worden, daß Dronke und Imandt mit Fleury häufig verkehrt hätten.“

Dies? Wie so oder? Wenn ein Buch, wie das Originalprotokollbuch von drei Leuten unterschrieben ist, von Liebknecht, Rings und Ulmer, so wird Niemand schließen: „es rührt von Liebknecht her — oder von Dronke und Imandt, sondern: es rührt von Liebknecht her oder von Rings und von Ulmer. Sollte der unglückliche Goldheim, der sich nun einmal zu einem disjunctiven Urtheil versteinert hat, — Entweder, Oder — sollte er nun abermals sagen: „Rings und Ulmer haben es vermieden, ihre Handschrift herzugeben?“ Selbst Goldheim hält eine neue Wendung für unvermeidlich.

Wenn das Originalprotokollbuch nicht von Liebknecht herrührt, wie der Agent Fleury behauptet, so hat Fleury selbst es gemacht, aber die Notizen dazu hat er von Dronke und Imandt erhalten, von denen der Polizei-Lieutenant Greif amtlich festgestellt hat, daß sie häufig mit Fleury verkehrten.

„Um seiner Waare einen desto höheren Werth zu geben“ sagte Goldheim, bringt Fleury die Notizen in die Form eines Originalprotokollbuches. Er begeht nicht nur einen Betrug, er macht falsche Unterschriften, Alles, um seiner Waare einen höheren Werth zu geben.“ Ein so gewissenhafter Mann, wie dieser preussische Agent, der aus Gewinnsucht falsche Protokolle, falsche Unterschriften fabrizirt, ist jedenfalls unfähig falsche Notizen zu fabriziren. So schließt Goldheim.

Dronke und Imandt kamen erst im April 1852, nachdem sie von den Schweizer Behörden ausgewiesen worden, nach London. Ein Drittheil des Original-Protokollbuchs besteht aber aus den Protokollen der Monate Januar, Februar und März 1852. Ein Drittheil des Original-Protokollbuchs hat Fleury also jedenfalls ohne Dronke und Imandt gemacht, obgleich Goldheim schwört: entweder Liebknecht hat das Protokollbuch gemacht — oder Fleury hat es gemacht, aber nach den Notizen von Dronke und Imandt. Goldheim schwört's, und Goldheim ist zwar nicht Brutus, aber doch Goldheim.

Aber so bleibt die Möglichkeit, daß Dronke und Imandt dem Fleury die Notizen seit April geliefert habe, denn, schwört Goldheim: „Es sei durch den Polizei-Lieutenant Greif amtlich festgestellt worden, daß Dronke und Imandt häufig mit Fleury verkehrt hätten.“

Kommen wir auf diesen Verkehr. Fleury war, wie schon oben bemerkt, zu London nicht als preussischer Polizei-Agent bekannt, sondern als City Kaufmann und zwar als demokratischer Kaufmann. Aus Altenburg gebürtig, war er als politischer Flüchtling nach London gekommen, hatte später eine Engländerin aus angesehenen und wohlhabenden Familie geheiratet und lebte scheinbar zurückgezogen mit seiner Frau und seinem Schwiegervater, einem alten industriellen Quäker. Den 8. oder 9. Oktober trat Imandt in „häufigen Verkehr“ mit Fleury, nämlich in den Verkehr des Unterrichtsgebers. Nach der verbesserten Aussage des Stieber traf aber das Original-Protokollbuch am 10., nach der Schlusssage des Goldheim am 11. Oktober in Köln ein. Fleury hatte also, als der ihm bisher gänzlich unbekannt Imandt seine erste französische Stunde bei ihm gab, das Original-Protokollbuch nicht nur schon in rothen Saffian binden lassen, er hatte es bereits dem außerordentlichen Courier übergeben, der es nach Köln trug. So sehr versagte Fleury sein Protokollbuch nach den Notizen des Imandt. Den Dronke aber sah Fleury nur einmal zufällig bei Imandt und zwar erst am 30. Oktober, nachdem das Original-Protokollbuch schon längst wieder in sein ursprüngliches Nichts zurückgefallen war.

So begnügt sich die christlich-germanische Regierung nicht damit, Pulte zu erbrechen, fremde Papiere zu stehlen, falsche Aussagen zu erschleichen, falsche Komplotte zu stiften, falsche Dokumente zu schmieden, falsche Eide zu schwören, Bestechung zu falschen Zeugnissen zu versuchen, — Alles, um eine Verurtheilung der Kölner Angeklagten zu erwirken. Sie sucht einen infamirenden Verdacht auf die Londoner Freunde der Angeklagten zu werfen, um ihren Hirsch zu verdecken, von dem Stieber geschworen, daß er ihn nicht kennt, und Goldheim, daß er kein Spion sei.

Freitag, den 5. November brachte die „Kölnische Zeitung“ den Bericht über die Assisenprüfung vom 3. November mit Goldheim's Aussage nach London. Man zog sofort Erkundigungen über Greif ein und erfuhr noch denselben Tag, daß er bei Fleury wohne. Gleichzeitig begaben sich Dronke und Imandt mit der „Kölnischen Zeitung“ zu Fleury. Sie lassen ihn Goldheim's Aussage lesen. Er erbleicht, sucht Fassung zu gewinnen, spielt den Erstaunten und erklärt sich durchaus bereit, vor einem englischen Magistrat Zeugniß gegen Goldheim abzulegen. Vorher aber müsse er noch seinen Advokaten sprechen. Ein Rendezvous für den Nachmittag des folgenden Tages, Samstag, den 6. November, wird festgesetzt. Fleury verspricht, seine amtlich beglaubigte Aussage fertig zu diesem Rendezvous mitzubringen. Er erschien natürlich nicht. Imandt und Dronke begaben sich daher Samstag Abend in seine Wohnung und fanden hier folgenden für Imandt bestimmten Zettel vor:

„Durch Hilfe des Advokaten ist Alles abgemacht, weiteres ist vorbehalten, sobald die Person ermittelt ist. Der Advokat hat die Sache noch heute abgeben lassen. Das Geschäft machte meine Anwesenheit in der City nothwendig. Wollen Sie mich morgen besuchen, ich bin den ganzen Nachmittag bis 5 Uhr zu Hause. H.“

Auf der anderen Seite des Zettels befindet sich die Nachschrift: „Ich komme soeben zu Hause, mußte mit Herrn Werner und meiner Frau ausgehen, wovon Sie sich morgen überzeugen können. Schreiben Sie mir, auf welche Zeit Sie kommen wollen.“ (Fortf. folgt.)

Fremdwörter-Erklärung: orthodox, rechtgläubig; heterodox, irrgläubig; for ever, auf immer; au secret, unter geheimem Beschluß, ganz abgeschlossen; disjunctives Urtheil, Urtheil mit Entweder Oder: wenn nicht das Eine dann das Andere.

Politische Uebersicht.

— Wie herrlich weit wir's gebracht, zeigt nachstehende Interpellation, welche am vorigen Sonnabend im Reichstag gestellt wurde:

I.

Johann Hemmerle von Ober-Muesbach (Canton Pfirt, Kreis Altkirch), geboren den 26. Juli 1851, optirte in der bestimmten Frist, verließ Elßaß-Pöhringen und verlegte seinen Wohnsitz nach Frankreich. Er kam später nach Basel, von wo aus er im Sommer dieses Jahres seine Eltern besuchte. Davon wurde die Polizeibehörde von Pfirt benachrichtigt, und die Gensdarmen schickten sich an, am 22. Juni, früh um 5 Uhr, den Optanten Hemmerle im Hause seiner Eltern zu verhaften; sie behaupteten nämlich, Johann Hemmerle wäre wehrpflichtig. Hemmerle nahm die Flucht. Der Gensdarm Heym schoß zweimal nach dem Fliehenden, ein dritter Schuß wurde abgeseuert von Heym, und Hemmerle fiel tödtlich verwundet nieder. Er starb nach zweimonatlichen Leiden. — Der Unterzeichnete ist überzeugt, daß die Option des Johann Hemmerle gültig war — daß derselbe folglich nicht als Defecter konnte behandelt werden, — und daß nichts die That des Gensdarmen Heym rechtfertigen kann. Heym scheint unterdessen nicht den geringsten Tadel erfahren zu haben; er ist immer noch zu Pfirt, wo er den Gensdarmenposten befehligt.

II.

Anton Deybach, geboren den 3. Februar 1851 zu Gundolsheim (Canton Ruffach, Kreis Gebweiler), optirte, verließ zur

rechten Zeit Elßaß-Lothringen und wohnte seither in Frankreich. Mit einem französischen Reisepaß versehen, kam er zu verschiedenen Malen auf Besuch zu seinen Eltern. Jedesmal erfolgte Haus-suchung bei den Eltern und sie wurden mit Drohungen aufgefordert, ihren Sohn auszuliefern. Am 3. Januar d. J. wurde Anton Deybach endlich verhaftet; die Hände auf den Rücken gebunden, wurde er nach dem Kreisorte Gebweiler und bald von dort nach Weisel geführt, um zwangsweise eingestellt zu werden. Umsonst hatte der Bürgermeister von Gundolsheim bescheinigt, daß Anton Deybach richtig optirt und seinen Wohnsitz thatsächlich nach Frankreich verlegt habe; umsonst hatte sich die Familie Deybach mit allen möglichen Zeugnissen versehen, an den Kreisdirektor von Gebweiler und selbst an den Präsidenten von Straßburg gewendet. Anton Deybach wurde erst am 11. August d. J. auf Verlangen der französischen Regierung freigelassen, und zwar ohne alle Entschädigung! Man gab ihm 4 Thlr. mit auf die Reise. — Der Unterzeichnete weiß, daß der Vorfall nicht isofirt dasieht, und es ist nicht zu seiner Kenntniß gekommen, daß die Regierung Vorkehrungen getroffen hat, um die Familien der Optanten gegen willkürliche Polizeimaßregeln zu schützen.

III.

Es ist amtlich erklärt worden, daß die Option der Elßaß-Lothringer, welche ihren Wohnsitz nicht nach Frankreich verlegt haben, ungültig sei. Der Reichstag hat selbst die nicht ausgewanderten Optanten als stimmberechtigt erklärt. Dessen ungeachtet werden diese Optanten fortwährend von der Polizeibehörde, auf Veranlassung der Kreisdirektoren, auf allerlei Arten beunruhigt, und sind dieselben mitunter bei Androhung einer sofortigen Ausweisung aufgefordert worden, ihre Option schriftlich zu widerrufen.

Das unterzeichnete Mitglied des Reichstages richtet an den Herrn Reichskanzler die Anfrage:

Hat die Reichsregierung Kenntniß von den vorgetragenen Vorfällen?

Mit welchen Gesetzen des Reichslandes glaubt sie dieselben im Einklang bringen zu können? Beziehungsweise wie gedenkt sie Remedur zu schaffen?

Berlin, den 14. November 1874.

Winterer.

Unterstützt durch:

J. Querber. P. Hartmann. J. Simonis. Baron v. Schauenburg. Frhr. v. Schorlemer-Alst. Dr. Mayer (Donauwörth). Prinz Radziwill (Sonthofen). Strieder. Frhr. v. Soden. Werke. v. Aedeleben. Schröder (Pippstadt). Graf Naadt. Dr. Reichen-sperger (Erfeld). Lender. Majunk. Dieden. Graf v. Balle-strem. Prof. Frhr. Zu Rhein. Graf Neuhaus-Cormons. Haanen. v. Graub-Hy. F. Källerer. Kessler. v. Kleinsorgen. Senestrey. Horn. Kufzurm.

Natürlich hatte die Interpellation kein praktisches Resultat, der Vertreter der Regierung, Herr Geheimrath Herzog, antwortete grob und ungeschickt. Die in der Interpellation angeführten Thatsachen konnte er nicht umstoßen, nicht einmal in Zweifel ziehen.

— Wie man Zeitungen schreibt. Das „Berliner Tageblatt“, Reklameanstalt des berühmten Rosse'schen Annoncenbureaus, sagt über die Verhandlung des Antrags auf Beurteilung der inhaftirten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten:

„Biel breiter als die vorhergegangenen Punkte der Tagesordnung der Sonnabendssitzung legte sich von vornherein die Interpellation der Sozialdemokraten an, und viel breiter noch wurde sie getreten. Die Abgeordneten Bebel, Hasenclever und Most blühen gerichtlich zuerkannte Strafen im Gefängnisse ab. Herr Liebknecht will sie für die Dauer der Session, da sie Mitglieder des Reichstages sind, befreien. Er hält dazu eine außerordentlich lange Rede, in welcher er außer Allem, was zur Sache gehört, noch viele Dinge sagt, die nicht dazu gehören. Herr Liebknecht macht den Eindruck eines gebildeten Mannes, der durch irgend welche, vielleicht äußerliche Einflüsse ursprünglich in eine extravagante Richtung gedrängt, dieselbe nunmehr mit allem Fanatismus des Märtyrertums verfolgt. Der innerliche und gedankliche Fehler seiner ganzen Deduktion ist der, daß er die bestraften Sozialdemokraten für politische Verbrecher erklärt, während sie das in der That nicht sind, sondern Vertreter einer Partei, die einfach den wirtschaftlichen Bestand der Welt in Frage stellt, welche den Diebstahl zum Gesetze erheben will („La propriété c'est le vol“). Das Eigenthum ist Diebstahl! Sein zweiter Fehler — doch dieser ist mehr ein oratorisches Kunststück — war der, daß er die Herren Bebel, Hasenclever und Most, natürlich auch sich selbst, als Arbeiter hinstellte, daß er in ihrer Verhaftung nichts sah als einen brutalen Klassenkampf. Nun, diese Herren sind aber keine Arbeiter, sie lassen sich nur von den Arbeitern bezahlen, und spielen die Vertreter derselben. Diese Gründe konnten bei uns nicht verfangen, und sie verfangen auch beim hohen Hause nicht, trotzdem daß Hr. Haselmann will und Hr. Windthorst wenigstens mit einer feineren Schultern, der ultramontanen, die Sache unterstützte. Es war aber wenigstens erfreulich, daß Herr Windthorst die Pariser Kommune für einen Unsinn erklärte, den Hr. Liebknecht noch als Ideal hingestellt hatte. Für den Antrag des Letzteren erhoben sich nach zweistündiger Debatte nur zwei Personen. Wozu, wo die Sache so klar war, die Debatte zwei Stunden wild dahin laufen lassen?“

Dem Zeitungscommis des Hrn. Rosse wäre es natürlich lieber gewesen, wenn die Debatte die allerdings keinen den Vertretern der herrschenden Zustände besonders günstigen Verlauf nahm und sehr unangenehme Thatsachen zu Tage förderte, durch einen Nachspruch des Präsidenten und der Majorität unterdrückt worden wäre. Was nun die Begründung des Antrags betrifft, so war dieselbe so sachlich und bewegte sich so durchaus auf parlamentarischem Boden, daß, trotz der scharfen Kritik Liebknechts, die Klingen des Präsidenten auch nicht ein einziges Mal mobil gemacht werden konnte. Was soll man aber von der Behauptung sagen, Bebel, Most und Hasenclever seien keine politischen „Verbrecher“, weil sie „den wirtschaftlichen Bestand der Welt in Frage stellen?“ Der Rosse'sche Commis hat offenbar keine Ahnung von der Bedeutung des Wortes „politisch“, und weiß nicht, daß die Wissenschaft der „wirtschaftlichen“ Verhältnisse „politische Delinquenz“ heißt. Daß Liebknecht „die Herren Bebel, Hasenclever und Most, natürlich auch sich selbst als Arbeiter hingestellt“ habe, ist „natürlich“ eine Erfindung oder Hallucination (Gestaltenscheerei) des Rosse'schen Annoncenbureau-Schreibers.

— Das Nationalzuchthaus. Daß im „neuen Reiche“ der Normal-Wohnort der Sozialdemokraten das Gefängniß ist, brauchen wir unseren Lesern nicht zu sagen. Nicht so bekannt wird ihnen sein, in welcher Ausdehnung der „Culturkampf“ mit dem Katholicismus die Gefängnisse bevölkert und zum Ausbau des „Nationalzuchthaus“ beigetragen hat. Wie lesen darüber in einer der letzten Nummern der „Duisburger Volkszeitung“:

„Opfer des Culturkampfes. Der Culturkampf hat bis jetzt schon zahlreiche und harte Opfer gefordert. Der Erzbischof von Posen, Graf Micciolaus Ledochowski, sitzt 291 Tage im Gefängnisse zu Ostrowo; er wurde gefangen genommen am 3. Februar 1874. Der Bischof von Trier, Mathias Eberhard, sitzt 260 Tage im Gefängnisse zu Trier; er wurde gefangen genommen am 6. März 1874. Der Weibbischof Janiszewski von Posen sitzt 117 Tage im Gefängnisse zu Kojwin; er wurde gefangen genommen am 27. Juli 1874. Der Bischof von Baderborn, Konrad Martin, sitzt 109 Tage im Gefängnisse zu Baderborn; er wurde gefangen genommen am 4. August 1874. Der Erzbischof von Köln, Paulus Melchers, saß 192 Tage im Gefängnisse zu Köln; er wurde gefangen genommen am 31. März und wieder entlassen am 8. Oktober 1874.

„Außerdem wurden mehr als Tausend Priester, viele Redakteure, Volkredner und andere Männer, ja sogar Frauen und Kinder zu Geldstrafen oder Gefängniß verurtheilt. Gegen zweitausend fünfhundert Beurtheilungen, Pfändungen, Verhaftungen u. haben bereits der Kirchengesetze wegen stattgefunden. Das Vermögen gar mancher Kirchen wurde mit Beschlag belegt, der Gottesdienst gestört, das Heiligthum entweiht und sogar in der Kirche Blut vergossen. Nicht wenige Gemeinden sind ohne Seelsorger und Gottesdienst; es kommt sogar vor, daß Kranke ohne die heil. Sacramente sterben, und Leichen ohne priesterliche Einsegnung müssen begraben werden.“

Nun — einen größeren Dienst als durch diesen „Culturkampf“ hätte Fürst Bismarck dem katholischen Clerus unmöglich erzeigen können, wenn er Mitglied des Jesuitenordens wäre. —

— Aus England schreibt man der „Frankfurter Zeitung“ d. d. 19. November:

„Vertreter der Gewerksvereine aus dem ganzen Lande hatten gestern beim Lordkanzler eine Audienz, um dagegen zu protestiren, daß die Gewerksvereine in die beabsichtigte Gesetzgebung für die Friendly Societies eingeschlossen würden und um die Regierung zu einer Aenderung der Trades Union Act vom Jahre 1871 zu bewegen, statt, wie die Regierung will, dieselbe ganz aufzuheben. Die Wünsche der Delegation gingen dahin, die Bestimmung des betreffenden Gesetzes, daß die Gewerksvereine kein Land besitzen dürfen, sowie die Worte, welche jeden Zweig eines Gewerksvereines zu einem selbstständigen Verein machen, zu streichen, ferner die Vereine zu ermächtigen, einen bankrotten oder flüchtigen Vorsteher zu ersetzen, betrügerische Verwendungen von Gesellschaftsgeldern strafbar und die Regeln in allen drei Ländern des Vereinigten Königreiches (England, Irland, Schottland) wirksam zu machen. Wie Hr. Guile feststellte, sind einige Gewerksvereine sehr reich, besitzen bisweilen 200,000 Pfd. Sterl. und können das Kapital nicht höher als mit 2½ pCt. verzinsen, und wenn einer der Vertrauenspersonen (Trustees) verschwindet, so könnte das Geld, wenn es in der Bank von England ist, nicht angerührt werden. Der erste Zweck der Trades-Union Act ist Beförderung des Gewerkes und ein Zusammenwirken mit den Friendly Societies, deren Hauptzweck Krankenunterstützung und dergleichen ist, müßte sehr verwirrend wirken. Der Minister leugnete die Absicht der Regierung, den Gewerksvereinen ihre bisherigen Privilegien zu entziehen, entschuldigte sich aber mit der Masse von Gesetzen, welche das nächste Parlament zu bewältigen haben werde, daß die Regierung jetzt wohl nichts für die Gewerksvereine thun könne. — Unter den Auspicien eines neulich ins Leben getretenen Wahlreform-Bereins fand vorgestern in der Freemasons-Tavern eine Conferenz statt, bei welcher Herr J. S. Wright aus Birmingham den Vorsitz führte, um das Programm des neuen politischen Vereins, der in der Hauptsache die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle erwachsenen Personen männlichen Geschlechts anstrebt, in Erwägung zu ziehen. Einer der gefaßten Beschlüsse konstatierte, daß die bestehenden Wahlbestimmungen mit den gesunden Principien parlamentarischer Vertretung im Widerspruch ständen, ernsthafte Uebel verursachten und die Gesetzgebung über viele für Erlebigung reife, wichtige Fragen verhindert, und drückte die Meinung aus, daß das einzige gesunde Volkvertretungsprincip auf das allgemeine Stimmrecht basiret sei. Nach langer Diskussion und eifriger Bekämpfung gelangte auch ein von Miss Lydia Becker gestelltes Amendement zur Annahme, das weiblichen Steuerzahlern eine Stimme bei parlamentarischen Wahlen einräumt.“

Wir können diesem Wahlreformvereine kein besseres Prognostikon stellen, als den zahlreichen Reformvereinen, welche, unter verschiedenen Namen, seit Mitte der fünfziger Jahre in England aufgetaucht sind. Ein ernsthaftes Interesse an Einführung des allgemeinen Stimmrechts haben in England, wie überall, nur die Arbeiter, und nur die Arbeiter können auch ernsthaft darum kämpfen. Die englischen Arbeiter sind aber gegenwärtig so sehr mit den dringendsten ökonomischen Fragen beschäftigt, daß eine politische Massenbewegung von ihnen vorläufig nicht zu erwarten ist.

— Um die Landarbeiter wieder vollständig in die Gewalt zu bekommen, und der Landarbeiter-Union den Gnadenstoß zu versetzen, sind die englischen Farmer auf folgendes Auskunfts-mittel verfallen. Sie haben in Leamington einen „Verein von Grundbesitzern, Pächtern und Arbeitern“ gebildet, der sich die Ausführung folgender Maßregeln als „Ziel“ gesetzt hat: 1) Die Regelung der Lohnfrage und der Zulassung von Arbeitskräften; 2) die Versorgung von altersschwachen und verdienten Arbeitern, welche Mitglieder des Vereins sind. „Es wird auch Fürsorge für die freundschaftliche Beilegung von Streitigkeiten getroffen werden“. Kurz, der Wolf findet es für gut, den Schafspelz umzuhängen. Die Landarbeiter mögen sich hüten!

— Zur Landfrage. Der Specialcorrespondent der „Times“, welcher den Conflict zwischen den englischen Farmern und Landarbeitern verfolgt, hat interessante Daten über das Zurückgehen der kleinen Farmen gesammelt. Zunächst geht aus diesen Zahlen freilich hervor, daß die Zahl der kleinen Farmen noch immer sehr bedeutend ist: von 59,870 Farmen in 17 Grafschaften kultivirten 12,075 weniger als 20 Acres. Allein zwischen den Jahren 1851 und 1871 wurden 900 dieser sehr kleinen Farmen absorbiert, so wie die Zahl derjenigen Farmen, welche im ersten Jahre zwischen 50 bis 75 Acres besaßen von 8253 auf 6370 im Jahre 1871 sank. Dieselbe Erscheinung bei den Farmen unter 100 Acres. Dagegen stieg die Zahl der großen Farmen von 300—500 Acres in demselben Zeitraum von 7771 auf 8410, diejenigen mit über 500 Acres von 2,755 auf 3,194, und mit über 1000 Acres von 492 auf 582 u. Es wird durch diese Ziffern von Neuem aufs Augenfälligste die alte Wahrheit bestätigt, daß der Kleinanbau heutzutage auf dem Aussterbeetat steht, wie die Kleinproduktion überhaupt.

— Die Culturfreundlichkeit der modernen Gesellschaft. Vor Kurzem ist in Wien Friedrich Kaiser gestorben,

der bekannte Volksdichter, dessen dramatische Werke auf vielen unserer Bühnen mit Beifall zur Aufführung gelangt sind. Ueber sein Ende schreibt das „Wiener Neue Fremdenblatt“:

„Todtmüde, von einer schleichenden Krankheit niedergeworfen — die Aerzte hatten ihn schon vor einem halben Jahre aufzugeben — in der bittersten Noth lebend, arbeitete Kaiser mit rüßiger Anstrengung fort, um seiner Familie das nöthige Brod zu erwerben. Wie ein gehetzter Flüchtling mußte er vor seinen erbitterten Gläubigern von einer Straße zur andern flüchten und monatelang vergrub er sich in irgend einem Winkel der Vorstadt und nur wenige Freunde konnten dann seinen Schlafwinkel. Noch die letzten Stunden seines Lebens sollten ihn verbittert werden. Schon in der Azonie liegend, mußte er am Abend vor seinem Tode seine Wohnung wechseln. Die eine Wohnung, die er inne hatte, ward ihm gekündigt und als Sterbender ward er in die neue Wohnung gebracht, in welcher man seine Afsaaken verweigerte, weil er den Zins nicht präsumendo zahlen konnte. Nur mit Mühe brachte seine Frau ihn unter, und auf drei Sesseln liegend, hauchte er seine hartgeprüfte Seele aus. So starb ein deutscher Dichter!“

Ja, „so starb ein deutscher Dichter“! So starben unzählige deutsche Dichter und Männer der Wissenschaft, und werden noch unzählige sterben. Wäre nicht der größte unserer nationalen Dichter (obgleich nicht weniger als „national“ im Sinne des graßrenden Mode-Chauvinismus) im Glend gestorben, wenn nicht ein edel denkender Mann (beiläufig ein Ausländer) sich seiner erbarmt hätte? Und müßten nicht noch neuerdings für Feuerbach Almosen gesammelt werden? Bestimmte Personen und Einrichtungen sind für diese traurige Erscheinung nicht verantwortlich zu machen; sie ist tief begründet in unserer bürgerlichen Gesellschaftsorganisation, welche dem Kopparbeiter so wenig wie der Handarbeiter den Ertrag seiner Arbeit sichert, und ihn der schändlichsten Ausbeutung überliefert. Und obendrein viel ärger noch demoralisirt, als den Handarbeiter, wodurch allein es zu erklären, daß das Kopparbeiter-Proletariat seine Lage bis jetzt so wenig begriffen und in seinen Emanzipationsbestrebungen so weit hinter dem Handarbeiter-Proletariat zurückgeblieben ist.

— Beitrag zur Kinderarbeit. Ein Parteigenosse schreibt uns aus Großenhain: Wie die gesetzlichen Bestimmungen über die Kinderarbeit von den hiesigen Fabrikbesitzern gehandhabt werden, beweisen nachstehende Fälle: 1) Ist es die sächsische Wollgar Spinnerie, welche Kinder von 14 Jahren an, von 6 Uhr früh bis Abends 9 Uhr beschäftigt — in Summa 14stündige Arbeitszeit, anstatt der gesetzlichen 10-Stundenarbeit; ebensoviele schulpflichtige Kinder bis 11 Stunden täglich beschäftigt anstatt wie es gesetzlich ist: 6 Stunden. Bei einer so langen Arbeitszeit ist es nicht zum Verwundern, wenn Kinder verunglücken, wie es auch in genannter Fabrik vorlam, und zwar betraf es einen jugendlichen Arbeiter im Alter von 15 Jahren. Derselbe kam unter den Wagen eines Selbstaktors und wurde lebensgefährlich verletzt. 2) In der Fabrik der Herren Tschunde und Otto wurde der schulpflichtige Knabe Glinther über 6 Stunden täglich beschäftigt. Und so wie in diesen beiden Fabriken die Kinderarbeit ausgedeutet wird, würde es bei näherer Untersuchung in mehreren der übrigen Fabriken nicht anders sein.

— Aus Colditz schreibt man uns: „Bei der Reichstagswahl am 5. November ist folgende Wahlbeeinflussung vorgekommen. Der Rittergutsbesitzer Baumann auf Commichau fungirte als Wahlvorsteher des ländlichen Wahlbezirks der Dörfer Commichau, Scoplau und Zschadras, und ließ schon Vormittags 11 Uhr das Protokoll unterschreiben, laut dessen die Wahl für richtig befunden sei. Thatsache ist aber: daß, trotzdem bloß 76 Stimmen dort abgegeben worden sind, 79 Stimmen geschrieben wurden, weil sich drei doppelte „Könnerige“ vorfanden. Der Schullehrer von Commichau, welcher als Protokollant fungirte, erhob Einsprache, wurde aber von Seiten des Wahlvorstehers beauftragt, es zu thun. Ein Bürger, welcher als Beisitzer fungirte, hat mir dies vor Zeugen bestätigt. — Die Wähler an hiesiger Irrenanstalt wurden in Trupps von 6—8 Mann unter Begleitung eines Oberwärters oder Aufsehers zur Wahlurne gebracht, wobei die Oberwärters oder Aufseher mit in das Wahllosgingen. — In Laßau und Helbach wurde die Auszählung der Stimmen hinter verschlossener Thür vorgenommen. — In Colditz im 1. Bezirk waren nach der Wählerliste 221 Stimmen abgegeben worden, bei der Auszählung fanden sich indeß nur 220 vor.“ (Fortf. folgt.)

Die Quednauer Revolte vor dem Schwurgericht.

(Fortsetzung.)

Königsberg, 31. Okt. In der heutigen Schwurgerichtssitzung wegen des Aufstahrs in Billshöfen, am 22. Juli e., wurden die Insleute Kahle zu 3 Jahren und Freudenreich zu 1 Jahr und 6 Monaten und Döbler zu 2½ Jahren Zuchthaus, nebst der Ehrenstrafe und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht verurtheilt. Nachmittags begann die Verhandlung der Anklagesachen wider die postnieder Tumultuanten.

Königsberg, 2. Nov. Die Schwurgerichtsverhandlung am Sonnabend wegen des Tumultes in Postniden endete Abends 9 Uhr mit der Beurtheilung des Raechts Unruh zu 3 Jahren Zuchthaus, 4 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit zur Polizeiaufsicht, des Kosmannes Spielich zu 2 Jahren Zuchthaus, 3 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht, des Justmannes Böper zu 1½ Jahren Gefängniß und 2 Jahren Ehrverlust, und der Insleute Seydemann und Schur zu je 1 Jahr Gefängniß.

Königsberg, 1. Nov. Ponarth'ser Tumult. Ponarth ist ein bei Königsberg gelegenes großes Dorf, die in demselben gelegene große Aktien-Brauerei macht den Ort zu einem gewerthätigen und frequenten; ganz besonders lebhaft aber wird es dort durch das in Verbindung mit der Brauerei stehende Gasthaus-Etablissement. Ramentlich an den Sonntagen und Montagen strömt das Publikum aus der Stadt zu Tausenden dort hinaus, größtentheils den gewöhnlichen Volksklassen angehörig, während an den Wochentagen auch der ausländigere Theil des Publikums dort zu verleben pflegt. Die Verbindung der Stadt mit Ponarth wird durch Thorsuhrwerke hergestellt, welche von Bewohnern der Raßengartens gestellt werden, die das Fuhrmannsgewerbe meiß neben der Landwirthschaft betreiben. So war auch am 8. Jan. einem Montage, der große Gasthausgarten mit zahlreichen Gästen angefüllt, als Nachmittags, etwa um 6 Uhr, das von dem Ratschen Bobhus geführte Thoruhrwerk des Fuhrhalters Schwarz neu gepflastert nach Ponarth brachte. Dasselbe hielt vor der Eingangspforte, und der Ratschen Bobhus war eben dabei, das von dem Fuhrhäftigen zu zahlende Fuhrgeld in Empfang zu nehmen, als der dortselbst zur Dienstleistung anwesende Gensdarm Baumacker das lange Verbleiben des Fuhrwerks vor der Eingangspforte, durch

welches der Zugang zum Garten versperrt wurde, tadelte und den Bodfus den Platz räumen ließ. B. folgte der mehrmaligen Aufforderung des Gensdarm nicht, doch ein anderer der Fuhrleute ergriff die Zügel und führte das Fuhrwerk weiter. Der Beamte begab sich nunmehr in den Garten und nahm sein Notizbuch hervor, um in demselben die Nummer zu notiren, welche das Fuhrwerk trug, denn er beabsichtigte, die von Bodfus geübte Contention, zumal dieser hartnäckig sich geweigert hatte, seiner Anordnung Folge zu leisten, zur Anzeige zu bringen. B. das bemerkend, ging dem Gensdarm in den Garten nach, um denselben zur Rede zu stellen: „Kannst Du schon schreiben, na schreibe doch was“, so redete er den Gensdarm an und mit weiteren Worten: „Was best Du, hast Du auch schon Fuhrwerk gehabt?“ verfolgte er ihn, ja schlug sogar denselben ohne Weiteres ins Gesicht. R. mehr erklärte der Gensdarm den Bodfus als Arrestanten. Der selbe widersetzte sich jedoch der Arrestirung so gewaltsam, daß er nur mit Hilfe zweier Leute zunächst nach dem Gasthause gebracht werden konnte. Der Vorfall war bei den Wästen nicht unbemerkt geblieben, es sammelte sich eine Volksmenge vor dem Gasthause, welche zu Gunsten des Arrestanten intervenirte, schrie und mit Steinen gegen das Gasthaus warf und durchaus die Freilassung des Bodfus verlangte. Derselbe war nach der Küche gebracht worden. In diese drängten sich mehrere der Leute, welche unter Schimpfen und schätlichen Drohungen gegen den Gensdarm die Freilassung zu erwirken suchten. Bodfus verharrete auch hier noch in seinem Widerstande, bis er gebunden ward und, auf einen Wagen geworfen, schleunigst nach Hoch-Karschau gebracht wurde, um ins dortige Amtsgefängniß abgeliefert zu werden. Die Aufregung der Gäste dauerte fort, namentlich waren es Confirmanden, die am Tage vorher die kirchliche Einsegnung erhalten hatten und mit ihrem Angehörigen gekommen waren, um die Festlichkeit zu feiern, welche in ihrem Uebermuthe das Geschrei vergrößerten. Doch kam es weiter zu Thätlichkeiten vorläufig nicht mehr, bis der Fuhrhalter Schwarz erschien, der, am brandenburger Thore mit einem andern Fuhrwerke haltend, erfahren hatte, was sich in Ponarth zugetragen. Hier angelangt, sah er sein mit jungen unruhigen Pferden bespanntes Fuhrwerk ohne Aufsicht vor dem Gasthausgarten stehen. In dem Wagen saß ein betrunken Mensch, der sich verletzt hatte oder verletzt worden war, denn er blutete und hatte mit seinem Blute den Wagen bespritzt. Das erregte den Zorn des Mannes, welcher sich sofort nach dem Gasthause begab, wofolbst er, wie Zeugen bekundeten, in ungebührlicher Weise nach seinem Kutscher fragte. Der Gensdarm Jannacker weichte mittlerweile auf der Regelbahn, wofolbst mehrere Unteroffiziere von der Artillerie Regel schoben. Hierhin begab sich nun auch Schwarz und verlangte von dem Gensdarmen, wie dieser bekundete, in ganz ungebührlicher Weise unter Schimpfen und Drohungen die Freilassung seines Kutschers. Im Nu hatten sich wiederum Hunderte vor der Regelbahn eingefunden, welche „Hurrah, haut ihn, hängt ihn auf“ u. s. w. schrien. Der Standal wuchs mit jedem Augenblicke, Artilleriemannschaften, welche unbewaffnet waren, konnten gegen die Menschenmasse nichts ausrichten; erst, als nach längerer Zeit die requirirten Militärwachmannschaften in Ponarth einrückten, wurde die Ruhe hergestellt, worauf, auf Anordnung des Gensdarm Jannacker die Verhaftung mehrerer Personen vorgenommen wurde, die er dem wachhabenden Unteroffizier als die, welche sich bei der Zusammenrottung als Rädelsführer oder durch Drohung und Widerstand betheilig hatten, bezeichnete. — Auch in Ponarth hatte seit der Einführung der neuen Kreisordnung schon ein großer Unwillen gegen dieselbe geherrscht, namentlich gegen die Amtsgefängnisse, welche auch hier mit dem Ausdrud „Klufen“ bezeichnet wurden. Schon im Mai, lange vor der quersauer Revolte, hatte man vielfach von den Leuten reden gehört, es würde die Klufe sofort niedergehauen werden, sobald einer von ihnen da hineingesperrt werden sollte. Der Amtsvorsteher Herr Hein in Hoch-Karschau sagte über diese Aufregung aus: Er sei 12—13 Jahre Ortsbesitzer in Hoch-Karschau, ohne jemals mit einem seiner Einwohner in Konflikt gerathen zu sein. Erst nachdem er auf Grund der neuen Kreisordnung zum Amtsvorsteher ernannt worden, habe er sich nirgends blicken lassen können, ohne daß ihm die Leute ihren Unwillen kundgegeben hätten, man nannte ihn allgemein „den Klufenkönig.“ Die Verhaftung des Bodfus, die tumultuarischen Scenen in Ponarth reizten denn auch mehrere der dortigen Arbeiter zur That an. Zwei der dortigen Brauer- Arbeiter, Tisch und Weber, forderten andere zur Befreiung des Bodfus auf. Als bald war eine Masse Arbeiter versammelt und, Weber an der Spitze mit einer improvisirten Fahne, zogen etwa 40 Leute nach Hoch-Karschau. Hier angelangt, sammelten sie sich vor dem Wohnhause des Herrn Hein, sie erwählten zwei der Arbeiter Tisch und Baumgart zu Deputirten, und diese begaben sich in's Haus des Herrn Hein. Während die Masse vor dem Hause schrie und tobte, von Aufhängen redete, führte Tisch drinnen das Wort. Er forderte den Amtsvorsteher in nicht ungebührlicher Weise zur Freilassung des Bodfus auf und drohte, falls er sich weigerte nicht verstehen sollte, damit, daß noch zwei Haufen im Anzuge seien, so daß Herrn H. schließlich doch nichts übrig bleiben würde, als sich ihrem Willen zu fügen. Herr H. sah sehr wohl, um es nicht zum Äußersten kommen zu lassen, die Nothwendigkeit, der Forderung der Leute Folge zu leisten, ein, er ließ das Gefängniß aufschließen und den Arrestanten freigegeben. Mit Hurrah wurde dieser von der Menge fortgeführt; man feuerte aus Pistolen Freundschaftsschüsse ab und zog in's nahe gelegene Wirthshaus, um dort den glänzenden Erfolg des verbrecherischen Unternehmens zu feiern. (Fortf. folgt.)

Gewerkschaftliches.

Verband der Klempner (Spengler) und verwandten Berufs-genossen.
Zwensburg, 21. November. (Zum Stride der Klempner bei Jark.) Schon seit geraumer Zeit fanden Verhandlungen statt zwischen Herrn Jark und seinen Arbeitern, bislang aber ohne Erfolg für irgend einen Theil. Vor ca. 8 Wochen verließen wir die alten Arbeitsverhältnisse, um nach der neuen und größeren Fabrik überzusiedeln. Bei der Einweihung der Fabrik wurde uns mitgetheilt, daß wir von jetzt ab das kleine Handwerkzeug wie Schere, kleiner Handhammer u. auf unsre Kosten halten sollten. Eine ähnliche Ueberraschung wurde uns eines Montags bereitet, wo wir eine Fabrikordnung in der Fabrik angeschlagen fanden. Kurz und gut, Herr Jark versuchte mit uns ganz nach Laune. Der letzte Schritt des Herrn Jark hatte das Maas der Nachgiebigkeit gefüllt, jetzt mußten wir uns entscheiden, entweder zwischen Ehre oder Demüthigung zu wählen. Am selbigen Montag des Morgens um 8 Uhr zogen wir uns aus der Fabrik zurück, um über die weiteren Schritte unseres Vorgehens zu berathen. Wir beschlossen, Herrn Jark ein Schreiben zu übersenden, in welchem derselbe um Zurücknahme der Fabrikordnung höflichst aber bestimmt nachsicht werden sollte. Das Schreiben wurde alsobald aufgesetzt

und zwei Kollegen mit der Ueberreichung beauftragt. Wir theilten Herrn Jark mit, daß wir die Arbeit niederlegen würden, falls er die Fabrikordnung nicht entzöge. „Ich halte fest an der Fabrikordnung; wenn dieselbe nicht paßt, der weiß, was er zu thun hat.“ Das war die uns zu Theil gewordene Antwort. Mittags begaben wir uns nach der Fabrik, um unser Handwerkzeug zu ordnen und dann definitiv die Arbeit niederzulegen. Während wir noch mit dem Ordnen des Handwerkzeugs beschäftigt waren, trat Herr Jark herein und fragte den ersten Gesellen, der früher Werkführer bei Jark war, ob er arbeiten wolle oder nicht. Als der erste Geselle die Frage verneinte, forderte ihn Herr Jark auf, sich seinen Abgangszettel zu holen, und wer sonst noch seinen Abgangszettel haben wolle, der solle sich auch gleich melden. Alle, mit Ausnahme eines gewissen Armbrust, der im Geheimen gegen die hiesige Mitgliedschaft gewählt hatte, forderten die Entlassung. — Herr Jark versucht nunmehr seine Fabrik mit Arbeitsteuten in Gang zu bringen. Er selbst, der Werkführer und der genannte Armbrust legen mit Hand an's Werk.

Aus der Fabrikordnung seien hier nur zwei Paragraphen mitgetheilt, um zu zeigen, von welchem Geiste dieselbe getrieben ist. Ein Paragraph lautet: „Wer Jank, Streit und Kärm verursacht, kann sofort entlassen werden.“ Solche Verhaltensvorschriften passen wohl für unerzogene Schulknaben, aber nicht für Arbeiter. Der letzte Paragraph verlangt, daß sich „zur Innehaltung vorstehender Bestimmungen jeder Arbeiter stillschweigend verpflichten“ solle. Für Sträflinge gut aber nicht für Arbeiter.

Mit Annahme der Fabrikordnung waren wir gezwungen, alles zu thun und alles mit uns thun zu lassen. Kein Gesetz, keine Polizei hätte uns geschützt, denn freiwillig hätten wir uns dem Jocke unterworfen.

Collegen allerorts! Thut Eure Pflicht; noch ist es Zeit. Vor allen Dingen ist Eines die Hauptsache:orget dafür, daß aller Zuzug fernbleibt; sorgt unter allen Umständen dafür!

R. Rosinus, Angelburgerstraße Nr. 647.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Konstanz. Da auch am hiesigen Orte die Wirkungen der Geschäftskrise zu Tage treten, so ersuchen wir alle Collegen, den Zuzug nach Konstanz fernzuhalten. Die hiesigen Arbeitgeber fragen nicht darnach, ob der Arbeiter sein Auskommen findet oder nicht, und sie drücken durch überflüssige Anstellung von Arbeitern die Löhne herunter; auch werden sie in ihrem Gebahren gegen die Arbeiter immer übermüthiger, welches sich theils in Lohnabzügen, theils in willkürlichen Entlassungen äußert. Ferner haben wir mitzuheilen, daß die hiesigen Geschäfte größtentheils Kaufleuten angehören, von denen wir die Herren Verthold und Alfred Bloch nennen wollen. Dieses zur Ausbeutung der Arbeiter gut organisierte Geschäft stellt immer Arbeiter ein und verspricht ihnen lohnende Beschäftigung, was aber nicht der Fall ist, sondern es bürdet den Arbeitern schwere Ladenarbeit auf, welche schlecht bezahlt wird. Die Arbeitszeit in dieser Werkstätte ist keine bestimmte. Wir geben uns deshalb alle Mühe, diesem Treiben entgegen zu treten. Es sind dabei hauptsächlich die Stül- und Kleinmeister sehr zu bedauern, welche es besonders nothwendig haben, sich an der Gewerkschaft zu betheiligen. Bis jetzt sind die Kleinmeister aber noch fern geblieben, trotzdem sie mehrmals mündlich eingeladen worden sind. Der Bevollmächtigte.

Metallarbeitergewerkschaft.

Berlin, 22. November. Die Berliner Mitglieder der Metallarbeitergewerkschaft haben in einer am 21. d. M. abgehaltenen Versammlung folgenden Beschluß gefaßt: „Die Berliner Mitglieder erklären, augenblicklich nicht definitiv zur Central-Krankenkasse (Union) beitreten zu können, weil über die Verhältnisse derselben, vorzüglich in Betreff der zum Reservefonds gezahlten Gelder und deren Verbleib ihnen nichts Bestimmtes bekannt ist, und wollen sie den Bescheid des Ausschusses abwarten über den Verbleib des Geldes und über die Rechte und Pflichten der Mitglieder nach deren Beitritt.“ E. Reinhard.

Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer.

Freiberg in Sachsen. (Kuruz.) Berufs-genossen! Mit Schmerz theile ich Euch mit, daß unser braver Genosse, der Maurerpolier und Beitragsammler der Freiburger Mitgliedschaft, Heinrich Kühn, gestorben ist. Derselbe war ein waderer Kämpfer für unsere Gewerkschaft sowohl, wie für die Partei. Derselbe ließ sich trotz Waffregelung nicht beirren, für unsere gerechte Sache einzustehen. Aber desto größer ist nun auch die Noth der von allen Mitteln entblößten Witwe mit ihren Kindern. Erst vor wenigen Wochen starb nach langem Krankenlager ein Kind, welches dem Verstorbenen viel Geld kostete, dann wurde die Frau bei Geburt eines Kindes auf ein 10-wöchentliches Krankenlager geworfen, und nun rafft der Tod den Ernährer selbst hinweg. Genossen, daß angesichts dieser Thatfachen Hilfe noth thut, werdet ihr fühlen, und soll die Witwe eingeweiht vor den Schreden des Winters geschützt sein, so seid eingedenk Eurer Pflicht und beweißt, daß die Solidarität aller Arbeiter in Wirklichkeit existirt. Unterstützung ist bereits von unsern Braunschweiger Genossen eingegangen, und spricht die Witwe den edlen Gekern dafür ihren innigst gefühlten Dank aus. Unterstützungen sind an Unterzeichneten zu senden. Auf Eure Bruderliebe rechnend, sendet Euch Brudergruß und Handschlag
Im Auftrage der Freiburger Genossen:
August Zimmer, Bev., äußere Bahnhofstr. 17.

Correspondenzen.

Stollberg, 22. November. Heute Abend fand im Schießhause hier Volksversammlung statt, die der Witterung angemessen sehr gut besucht war und in welcher Herr Stolle aus Grimmitzschau über: „Was versteht man unter Freiheit“, referirte. Daß der Referent den Begriff Freiheit durch historisch geschichtliche Nachweis vom grauen Alterthum bis zur Neuzeit, wo derselbe insbesondere die „neue revidirte Städte- und Landgemeindeordnung“ einer Kritik unterzog, den Anwesenden in leicht faßlicher Weise anschaulich zu machen verstand, braucht kaum erwähnt zu werden, daß aber ein vorwärtiger „Chemnitzer Nachrichten“ Correspondent zu feig war, Herrn Stolle gegenüber sein Licht leuchten zu lassen, ist zwar nicht mehr auffällig, aber doch so recht charakteristisch für jene Classe von Stridenten, deren Verständnis in solchen Sachen sich mit dem Worte „Ignorant“ kennzeichnen läßt. Die Versammlung nahm, trotz der Kälte (der Saal kann nicht geheizt werden), einen wahrhaft würdevollen Verlauf.
Eisenach, 12. November. Sonntag, den 8. November, auf freien Fuß gesetzt, drängt es mich, einen kurzen Rückblick auf meine Behandlung während meiner dreimonatlichen Haft, sowie auf die Veranlassung zur Auslöse zu werfen.

Schon seit vorigem Winter während der Reichstagswahl-agitation, welche von unsern Gegnern mit aller Kraft betrieben wurde, war es wohl ein Aergerniß für die Bourgeoisie, daß sie in ihren Tendenzen bekämpft wurde. Ihrem Candidaten Sommer, dem angeblichen großen Redner, der auch im Reichstage eine Menge stiller Neben vom Stapel gelassen, von einem gewöhnlichen Arbeiter Konkurrenz machen zu sehen, ja sogar zu hören, daß derselbe unfähig sei, das Volk zu vertreten, da er seine ausgearbeitete Candidatenrede nur stümperhaft vom Papier lesen konnte, überhaupt die ganze Opposition schien den Bourgeois nicht zu behagen. Auch Lindmurm kam nach Eisenach, mußte aber mit langer Nase wieder abziehen. Die Wuth der Herrn war groß, gewann doch die Arbeiterpartei immer mehr an Ausdehnung. Darin witterten die Bourgeois Gefahr. Zur Abwehr bildeten sie ein Comité zur Gründung eines Reichsvereins unter Vorsitz des Rechtsanwalts Hering. Dieses Comité beschloß, der Sozialdemokratie den Garans zu machen. Auch ich wollte mich überzeugen, welche Bestimmung die Herrn Reichstreuen bezogen und suchte mir durch eine Eintrittskarte Eintritt zu verschaffen zu einer öffentlichen Versammlung, die vom Comité ausgeschrieben worden war und in welcher die feierliche Laufe des jetzt gestorbenen Reichsvereins vorgenommen werden sollte. Als ich in's Lokal trat, konnte ich auch sagen: „Alle Augen warten auf Dich“, und gleich nach meinem Eintritt wurden die Thüren verschlossen. Die Wahl des Vorstandes sollte vor sich gehen. Der Vorsitzende des Comité sollte auch Vorsitzender des Vereins sein. Ich forderte nun, daß man wenigstens von den „Männern der Spitze“ eine kurze Biographie uns entwerfen möchte, da man doch nicht wissen könne, ob sie nicht schon so und so viel tausend Thaler Mündelgelder unterschlagen, oder mit so und so viel Tausenden Bankrott gemacht und dadurch Noth und Elend in mancher Familie gestiftet hätten. Auch Staatsanwälte und Gerichtsräthe waren zugegen und mußten ein solches Mißtrauensvotum hören, aber auch zugleich sehen, wie die Gesellschaft, in welcher sie verkehrten, in die roheste Brutalität ausartete. Doch ich sollte düssen, denn zur selbigen Zeit erschien das Programm zu dem bekannten Arbeiterfeste, und in dem darauf enthaltenen Festschreiben erblickte der Staatsanwalt Gräfe Hochverrath, es wurde darin ja von Despoten und Tyrannen gesprochen. Dies war Grund genug, mich am Tage vor dem Feste verhaften zu lassen und in ein Gefängniß zu sperren, welches sehr an die gute alte Zeit mahnt, denn starke Ringe in der Wand und im Fußboden gehörten zur Ausschmückung, Licht erhielt ich durch ein stark vergittertes Fenster, welches eine durchlöcherete Blechtafel deckte. Stuhl und Tisch waren nicht vorhanden, und so bestanden meine Immobilien in einem Strohsack, einer wollenen Decke, einem Wasserkrug und einem Nachtgeschirr. Beim Essen mußte der Strohsack Stuhl und Tisch ersetzen. Ich beschwerte mich über ein solches Verfahren mit dem Hinweis, daß ich nicht als Dieb oder Mörder dastehende und daher eine andere Behandlung beanspruchen könne. Hierauf bekam ich zwar eine andere Zelle, welche wohl mehr Licht hatte, aber Tisch und Stuhl konnte ich nicht bekommen, weil es gegen die Hausordnung sei, wie mir gesagt wurde. Auch beantragte ich Entlassung aus der Haft, wurde aber mit dem Bemerkten abgewiesen: „Ich könnte meine sichere Existenz nicht nachweisen und sei Ausländer.“ Das Cautionsanerbieten ist bekannt. „Und wenn 1000 Thaler geboten werden, kommen Sie nicht frei“, lautete der ablehnende Bescheid auf das Anerbieten. Nachdem ich mich an drei Instanzen gewendet hatte und abgewiesen worden war, ging ich an das großherzogl. Staatsministerium, Departement der Justiz. Dieses wies die Beschwerde mit dem Bemerkten zurück, daß es nicht kompetent sei, in meiner Angelegenheit zu entscheiden, und so waren mir alle Rechtsmittel abge schnitten. Alle Chikanen während dieser Zeit anzulüthen, würde zu weit führen, und will ich nur noch bemerken, daß mir der „Volkstaat“ und die Selbstbefestigung schließlich mit dem Bemerkten abge schlagen wurde, daß ein anderer Gefangener sie auch nicht erhalte. Doch über die Kost später.

Aus der Anklage bemerkte ich, daß der Staatsanwalt Gräfe allergnädigst geruht hat, mich zum Vorstande der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu erheben. In der Verhandlung verließ sich der Herr Staatsanwalt zu der kühnen Behauptung, ich sei die Seele der Partei. Ihm war der Inhalt des Liedes nebensächlich, nur die Tendenz hob er hervor, und daß ich Sozialdemokrat sei.

Im Gerichtsgefängniß sollte mir nach ärztlichem Gutachten bessere Kost gereicht werden, ich habe aber so wenig Arzt wie andere Kost gesehen, trotzdem ich 7 Tage das Essen nicht genommen und dem Untersuchungsrichter Stidlich erklärt hatte, es wäre mir nicht möglich, solche Kost zu genießen. Die Beschreibung der Kost würde zu weit führen. Alle Bemühungen einzelner Parteigenossen waren vergebens, und so wurde ich am 15. August dem Landesgefängniß überliefert. Diese Behörde suchte mich nun unter Spitzhaken und Bagabunden zur Arbeit zu zwingen, und erst nach 10 Tagen gelang es mir, davon suspendirt zu werden. Auch hier sollte ich bessere Kost auf Anordnung des Arztes (Dr. Daskner) erhalten, aber trotzdem derselbe zweimal erklärte, ich sei bessere Kost gewöhnt und müßte sie bekommen, bekam ich sie doch nicht. Ich verlangte nun Vorstellung bei der Direction und erklärte derselben: „Da mir auf Anordnung des Arztes eine andere Kost versprochen worden, ich aber dieselbe bis jetzt nicht erhalten habe, so sehe ich mich genöthigt, mich selbst zu beschäftigen.“ Der Direktor Hartleben sagte hierauf: „Sie arbeiten nicht und ich kann Ihnen solches nicht gewähren, Sie haben mit dem Gerichtlichen auf Kosten der Anstalt verließ zu nehmen.“ Als ich ihm jedoch erwiderte, daß ich kein Spitzhake sei, und daß es meine Ehre gefährde, unter solchen zu sein, äußerte Hartleben: „Ein Dieb, der vielleicht aus Noth gestohlen, ist mir lieber wie ein Sozialdemokrat vom reinsten Wasser oder ein Hochverräter.“ Ich erhielt, trotzdem der Arzt es verordnet hatte, nichts weiter, als was ich nicht genießen konnte. Des Sonntags wurde ich in die Kirche getrieben und mußte die verben Ergüsse des Geistlichen mit anhören. Auch hat ich die Direction um etwas Lectüre, welche mir auch zugesagt wurde. Aber nicht gering war meine Freude, als ich meine Lieblingsbücher, Bibel und Gesangbuch, zu Gesichte bekam. Ich wartete auf eine Gefängnisrevision, um mich beschwerend an sie wenden zu können, ich habe aber von einer solchen nichts gespürt. Und somit war ich macht- und rechtlos, denn das Staatsministerium war nicht kompetent, in meiner Sache zu entscheiden, und eine höhere Behörde konnte ich nicht, so daß ich mir sagen mußte, „Du hängst von der Laune einzelner Personen ab.“ Auf diese wenigen Mittheilungen über meine Behandlung im Gefängniß will ich mich beschränken. Das arbeitende Volk aber wird wissen, auf welche Seite es gehört; es wird unaufhaltsam auf sein vorgezeichnetes Ziel schreiten, trotz aller Beschöpfung der Gegner. Mit sozialdemokratischem Gruß Fr. Siffen.
NB. Stidlich ist der Name des guten Manns, welcher zu mir in Betreff des Amtsgeheimnisses äußerte: „Ich habe allerdings den beiden Staatsanwälten Liebnecht's Brief gezeigt, glaube aber nicht, daß diese Gebrauch davon gemacht haben.“ D. D.

Münchenbernsdorf, 23. November. Ueber die hiesigen Arbeitsverhältnisse kann ich nur die traurigsten Mittheilungen machen. Der „Volksstaat“ theilte schon mit, daß in Gera aus den Fabriken über 1000 Arbeiter entlassen sind. Unser Ort, der 2500 Einwohner zählt, enthält 500—550 Weber; die Teppichweberei beschäftigt hier am Orte ungefähr 60 Arbeiter, die Uebrigen arbeiten alle für Geraer Fabrikanten. Wenn in Gera die Fabriken leer stehen, dann kann man sich vorstellen, wie es um die hiesigen Weber steht. Dazu kommt noch, daß der Weber das Garn aus dem 3 Stunden entfernten Gera holen und die fertige Waare wieder hinbringen muß, und das umsonst. Der Verdienst des hiesigen Webers bezieht sich bei 14—16 stündiger Arbeitszeit auf 3 Thlr. pro Woche, d. h. wenn es gut geht; Viele verdienen auch nur 2 Thlr. Die Nahrung des Webers besteht fast ausschließlich aus Kartoffeln, Hering und Kaffee. Geld ist nie im Hause, außer an den Tagen, wo ein Stück fertige Waare abgeliefert worden ist, dann gestattet sich der hiesige Weber wohl auch ein halb Pfund Fleisch, das er aber in der Regel mit einer Anzahl Tischgenossen theilen muß. Bei geringem Lohne müssen wir die höchsten Lebensmittelpreise zahlen. So kostet 1 Pfd. Brod 1 Gr. 4 Pf., 1 Pfd. Rindfleisch 5 Gr. 6 Pf., Schweinefleisch 7 Gr., 1 Ei 8 Pf., 1/2 Pfd. Butter 8 Gr., der Scheffel Kartoffeln (Leipziger Maas) 2 Thlr. — Was die Partei betrifft, so steht es bei uns gut. Wenn auch die Mitgliederzahl nicht stark ist, so haben wir doch sehr viel Bestimmungsgenossen hinter uns, und können wir bestimmt darauf rechnen, daß bei Reichstagswahlen Mann für Mann mit uns wählt; das haben schon die letzten Wahlen bewiesen, die nächsten werden es noch besser zeigen. Auch ist es mit unsern umliegenden Dörfern sehr gut bestellt. — Von der Kirche will man bei uns auch nicht viel wissen, es kommt sehr oft vor, daß bloß 4—6 Mann darin sind, auch gehört es nicht zu den Seltenheiten, daß der Pfarrer Sonntag Nachmittag wieder nach Hause gehen muß, weil Niemand in der Kirche ist. Den Austritt aus der Kirche haben, so viel ich weiß, bis jetzt 10 Mann erklärt, immerhin ein guter Anfang.

Aachen, 12. November. Am 1. Mai d. J. traten zehn Gesinnungsgenossen zusammen, um sich der sozialdemokratischen Arbeiterpartei anzuschließen. In Aachen besteht ein christlich-sozialer Arbeiterverein, welcher damals ungefähr 4500 Mitglieder zählte. Dieser Verein hatte bei der letzten Reichstagswahl seinen Präses, den katholischen Caplan Herrn Eduard Cronenberg, als Kandidat aufgestellt. Trotz der großen Ausbreitung des genannten Vereins fiel der Kandidat durch und wurde Herr Vaudri von Köln (Centrumfraktion) gewählt. Der Verein hielt sich eine Zeit lang uns gegenüber nicht allein neutral, sondern er ließ uns durch seinen Kassirer, Hrn. Khan, sogar versichern, wir hätten von ihm, dem Verein aus, nichts zu fürchten.

Wir ließen uns durch alles das nicht beirren, hielten regelmäßig wöchentlich unsere öffentlichen Parteiversammlungen ab und errangen zwar sehr langsam aber doch eine kleine Zahl neuer Mitglieder. Wir gingen auch auf gewerkschaftlichen Boden vor, gründeten eine Mitgliedschaft der Holzarbeitergewerkschaft sowie die der Schuhmacher. Trotzdem die Gewerkschaften vom Polizeipräsidium verboten wurden, angeblich weil mit denselben Kranken- und Sterbefällen verbunden waren, die der staatlichen Genehmigung bedürften, nahmen die Leiter des obengenannten Vereins gegen uns eine andere Haltung an.

Es erschienen in dem von Herrn Cronenberg herausgegebenen Wochenblatt „Volksstaat“ gegen uns, namentlich griff er die Tendenz des „Volksstaat“ an und suchte uns hierdurch jeden weiteren Zuwachs abzuschneiden. Der Reichstagsabgeordnete für Aachen, Herr Vaudri, ist nun während der Zeit gestorben, und findet den 28. d. M. eine Neuwahl statt. Am 25. Oktober beriefen wir eine Arbeiterversammlung ein mit der Tagesordnung: Die Sozialdemokratie und ihre Gegner. Das Referat hatte Herr Rich. Wolf übernommen. Die Versammlung verlief sehr ruhig und ernst und wurde der Vortrag mit ungetheiltem Beifall aufgenommen.

Am 26. Oktober beriefen wir eine Volksversammlung ein. Als Tagesordnung hatten wir „die bevorstehende Reichstagswahl und die nächste Session des Reichstags“ aufgestellt. Herr Rich. Wolf war Referent. Der Saal war gedrängt voll. Der Paulusverein (christlich sozial) war verhältnismäßig stark vertreten, namentlich seine Rednerkräfte. Es entspann sich gleich nach Eröffnung der Versammlung eine Debatte wegen der Dauer der Redezeit des Referenten und waren die Christlich-Sozialen so christlich, für den Referenten eine Redezeit von 20 Minuten zu beantragen. Wir verlangten mindestens 1/2 stündige Redezeit für das Referat. Schließlich wurde noch vielem Hin- und Herreden 1/2 Stunde für den Referenten und 1/4 Stunde für die übrigen Redner festgesetzt. Herr Wolf entledigte sich seiner Aufgabe während der kurzen Zeit so gut als möglich. Die Gegner, zur christl.-sozialen Partei gehörig, suchten die Ausrufung Wolfs, daß die Kirche seit ihrem Bestehen dem Fortschritt und der Entwicklung stets hemmend entgegen gewirkt habe (Beispiel: die Inquisition, das fanatische Bekämpfen nützlicher Erfindungen und die Verfolgung der Erfinder, sowie der Wissenschaft, die Hexenprozesse und Regerverfolgungen) zu entkräften, was ihnen aber nicht gelang, da Referent jede einzelne Entgegnung durch geschichtliche Thatsachen widerlegte. Es sprachen als Gegner mehrmals: Herr Caplan Eisinger, Herr Dr. Wool. Schüren, der nach vielseitiger Meinung eher als Komiker denn als Volkredner sich produziert hat. Letzterer soll namentlich schon in vielen Partischattirungen gemacht haben. Herr Präses Cronenberg, Herr Dämanns (Arbeiter) und Herr Adrian (Arbeiter) meinten, Aachen sei eine ultramontane Stadt und die Sozialdemokraten könnten hier nichts machen; Hr. Adrian fragte zugleich nach unseren Kandidaten, wofür er gründlich ausgelacht wurde. Herr Schüren meinte, der Referent habe ja nicht die Mittel und Wege angegeben, wie unser Ziel zu erreichen sei, worauf ihm Herr Wolf antwortete, daß man ihm durch die Verkürzung der Redezeit erst einen Strich um den Hals gelegt habe, und jetzt verlange man von ihm, daß er bei der Anzahl der Gegenredner Jedem antworten solle. Trotzdem waren wir alle hocherfreut über das Resultat der Versammlung, da immer mächtiger werdende Beifallsbezeugungen, hervorgerufen durch das gründliche Entkräften aller Einwände der Gegner, dem Referenten lohnten. Eingeladen wurden alldam die Herren, in unseren Parteiversammlungen zu erscheinen. Jeden Dienstag Abend haben wir Parteiversammlung und war am 27. Oktober der Saal gedrängt voll. „Die Arbeiterbewegung im Allgemeinen“ sowie das Ziel der Sozialdemokratie“ bildeten das Thema des Vortrages, gehalten von Herrn Rich. Wolf. Die Herren Cronenberg und Dr. Eisinger waren anwesend nebst einer bedeutenden Anzahl ihrer Mitglieder. Die Debatte wurde zwischen Cronenberg und Eisinger einerseits und Herrn Wolf andererseits geführt. Der Referent entledigte sich auch hier zu unserer sowie zur Zufriedenheit des größten Theils der Versammlung seiner Aufgabe. Ein Fabrikant sagte uns: Es freut mich sehr, daß Herr Wolf diese Herren so gründlich auf den Sand gesetzt hat. Es

ließen sich beim Schlusse der Versammlung Einige in die Partei aufnehmen, und wir sehen mit Hoffnung der Zukunft entgegen. Wie sich die hiesigen Lokal-Blätter und gegenüber verhalten, erhebt aus Folgendem: Der „Aachener Anzeiger“ brachte einen Bericht über die Volksversammlung, der sich für uns im Allgemeinen günstig aussprach. Das „Echo der Gegenwart“, Hauptorgan der ultramontanen Partei zu Aachen, brachte kein Wortchen. Dies ist der schlagendste Beweis für unsern Sieg, denn anderenfalls würde dieses Blatt unsere Niederlage mit Jubel verkündet haben. Wie erkannten wir aber, als im nächstfolgenden „Paulusblatt“ ein Artikel erschien, der die handgreiflichsten Lügen enthielt. In Nr. 18. des genannten Blattes ist die Rede von auswendig gelernten Reden und bestellten Beifallsklatschern. Ein Parteigenosse, Namens Nicolaus Franzen, kritisierte den Lügenartikel des „Paulusblattes“ in der nächsten Parteiversammlung. Er nannte den Artikelschreiber einen Lügner, da er den Beweis schuldig gelassen sei, daß bestellte Beifallsklatscher in der Versammlung zugegen gewesen seien. Er theilte weiter mit, daß Herr Cronenberg früher ein Gegner eines hier bestehenden Consumvereins gewesen sei, und daß er heute selbst die Arbeiter damit beglücken wolle. Mit solchen morschen Waffen bekämpfen uns die hiesigen Ultramontanen. Wie lange es ihnen vergönnt sein wird, die Arbeiter am Karrenseile zu führen, das ist eine Frage der Zeit. Daß die Zeit aber kommen wird, wo die hiesigen Arbeiter einsehen werden, daß sie sich der Führung falscher Freunde anvertraut haben, unterliegt keinem Zweifel. War der Anfang schon gut, das Ende wird es nicht minder sein.

An die Hamburger Arbeiter!

Das zur Unterstützung der ausgeschlossenen Braunschweiger Cigarrenarbeiter gewählte Comité hat Herrn Peter Rath, Bauarbeitergang 79 über 5, zum Kassirer ernannt. Derselbe ist jeden Mittwoch Abend zwischen 9 und 10 Uhr im Lokale des Herrn G. Reichmann, Neue Gröningerstraße 3, anwesend, um die wöchentlichen Beiträge in Empfang zu nehmen. Alle Gelder für verkaufte Ballkarten sind an den Kassirer des Comité's, Herrn J. Richter, abzuliefern. Hamburg, 22. November 1874. H. Tappendorf.

Annongengebühren

Für Februar 1874:
Kaiserdlaunern: Joh. Böhmert 12 gr. Pforzheim: Arbeiter-Partei 2 gr.
Für März:
Berlin: Steinweg-Gew. 14 gr. Magdeburg: Arbeiter-Partei 8 gr. Planen i/S.: Arb.-Partei (Hess) 10 gr. Stuttgart: Arb.-Partei 8 gr.
Für Mai und Juni:
Altenburg: Schuhmacher Schellenberg 4 gr. Berlin: G. Heßler 8 gr. Eisen: Steinweg-Berein 1 Thlr. 10 gr. Cassel: Arb.-Partei 16 gr. Frankfurt a. M.: Arb.-Partei 6 gr. Klempnerverein 8 gr. Gotha: Arb.-Partei 28 gr., Thlr. Agil.-Com. 9 gr. Gmünd: Landesagil.-Com. 1 Thlr. 22 gr. Hamburg: Metallarbeiter 6 gr., Küper-Berein 12 gr., Allgem. Metallarbeiter-Berband 15 gr. Hannover: Holzarb.-Gew. 6 gr. Königsberg i/Pr.: Arb.-Partei 4 gr. Lindenau: Gemeindevor. 16 gr. Nürnberg: Genossenschafts-Druckerei 1 Thlr. 6 gr. Oberhausen: Joh. Reng 22 gr. Planen: Arb.-Partei 10 gr. Schwenningen: D. Rosenheim 9 gr. Stuttgart: Arb.-Berein 10 gr. Straßburg i/El.: Arb.-Partei 18 gr.
Vorstehende Beträge sind sofort an die Expedition des „Volksstaat“ einzusenden. Hamburg im November 1874. Der Ausschuß.
Ferner schulden an Annongengebühren:
Für Juli 1874:
Hroßburg: Volksverein 18 gr. Grimma: (Ausflug) Arb.-Berein 10 gr. Hamburg: Sauterverein 5 gr. München: G. Krauß 6 gr. Raunhof: Lange 5 gr.
Für August:
Augsburg: Arb.-Partei 13 gr., Buchmaler 10 gr., Arb.-Berein 7 gr. Berlin: Metallarbeiter 5 gr. Gera: Arbeiter-Partei 4 gr. Hannover: Agitations-Comité 11 gr. Harburg: A. P. 7 gr. 5 Pf. Nürnberg: Baumann 5 gr. Oederan: Arb.-Partei 17 gr. 5 Pf. Planen: Arb.-Partei 15 gr. Romanshorn: Arb.-Bild.-Ver. 5 Pf. Steilberg: Agitat.-Comité (Chrentant) 4 gr. Wandsbeck: Arb.-Berein 5 gr. Zschornau: Maurer- und Zimmerer-Gewerkschaft 20 gr.
Für September:
Augsburg: Arb.-Partei 13 gr., Mannf.-Gew. 6 gr., Metall.-Gew. 20 gr., A. Kante 5 gr., Pter.-Ber. 4 gr., Arb.-Ber. 1 Thlr. 18 gr. Braunschweig: Müller 12 gr. 5 Pf. Berlin: Bernstein 5 gr., Metallarbeiter-Gewerkschaft 12 gr. Bremen: Arbeiter-Partei 28 gr. Eisen: Arb.-Partei 12 gr. Düsseldorf: Arb.-Part. 4 gr. Göttingen: Met.-Gew. 7 gr. Frankenberg i. S.: A. Kösch 10 gr. Hamburg: Arb.-Partei 26 gr. Heide: Petersen 4 gr. Hannover: Arb.-Part. 10 gr. Königsberg i. Pr.: Rabitz 17 gr. 5 Pf. Luze: Knorrel 17 gr. 5 Pf. London: Bnd 12 gr. 5 Pf. Neutirchen: Arb.-Part. 15 gr. Reichenbach i. S.: Volksverein 17 gr. 5 Pf. Straßburg i. El.: Arb.-Part. 12 gr. 5 Pf. Wiesbaden: Arb.-Part. 5 gr. Waldheim: Arb.-Part. 12 gr. 5 Pf.
Für Oktober:
Augsburg: Arb.-Partei 13 gr. Breslau: Arb.-Partei 5 gr. Berlin: Holzarb.-Gew. 18 gr., Waldverein 10 gr., Böttcherer. 6 gr., Mannf.-Gew. 3 gr., Cigarrenarb.-Ber. 11 gr., Bamberger 10 gr. Eisen: Arb.-Partei 9 gr. Frankenberg i/S.: A. Kösch (Warnung) 20 gr. Hamburg: Arb.-Partei 22 gr., Holzarb.-Gew. 1 Thlr. 23 gr. Hannover: Westpf 7 gr. 5 Pf., Arb.-Partei 9 gr. Magdeburg: Arb.-Partei 4 gr. Pöschel: Mannf.-Gew. 12 gr. 5 Pf. Schneidenbach: Wimpfänger 15 gr. Saardrücken: Marx, Korbfabrik. 15 gr. Ulm: Arb.-Partei 25 gr. Wandsdorf: Mannf.-Gew. 7 gr.

Sofortige Zahlung obiger Beträge wird umsomehr erwartet, als Annoncen von Restanten — über einen Monat — nicht mehr Aufnahme finden. Privatannoncen werden nur aufgenommen, wenn der Betrag in Reichsmark bezahlt oder Postvorschuß erhoben werden kann. Geschäftsannoncen, mit Ausnahme von der Partei zu empfehlenden Schriften, werden nicht aufgenommen.
m) Die Expedition des „Volksstaat“.

Briefkasten

der Expedition. C. B. in Bayreuth: Da Sie bei Baar die Schrift billiger bekommen, so wollen Sie den Betrag zu 1 Thlr. einleiden. Recht- oder Jngen.-Kalender haben wir nicht auf Lager.
Dattung
der Expedition. B. K. Dorlmund Schr. 21 gr. Drei Coblenz Schr. 15 gr. Wang Annen Schr. 1 Thlr. 23. 5. Rimmer und Comp. München Schr. 6 Thlr. 12. Rimsch Linden Schr. 3 Thlr. 21. Rind Donarück Schr. 1 Thlr. 12. Holzarb.-Gewerkschaft vier Ann. 24 gr. Jdt New-York Schr. 26 gr. Brndt Rabla Schr. 18 gr. Sa Weissenfels Schr. 9 gr. 5. Hölch hier Ab. 1 Thlr. Rdn Berlin Schr. 36 Thlr. 4. Rhl Kirchbaum Schr. 5 Thlr. Rhl Glanhan Schr. 2 Thlr. Söde Frankfurt Schr. 5 Thlr. 10. Engr. v. Arb.-Bild.-Ber. vier Ann. 10 gr. A. Lrima Berlin Ann. 8 gr., Ab. 38 Thlr. 15. 5. Guntir Wiesbaden Ab. 8 Thlr. 6. 4. Schr. 7 gr. 12. Ruch Zitta Schr. 6 Thlr. 10. Jbr Carlstraße Schr. 6 gr., Soz.-dem. Arb.-B. Altona Ann. 5 gr.

Fond für Gewerksgele.
S. Ab. Eng. gel. von Parteigenossen in Großsch 1 Thlr. 13.
Für die Abgebrannten in Geringswalde.
S. Bd hier 7 gr. 5.

Anzeigen zc.

Altona Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Donnerstag, den 26. November, Abends 9 Uhr: Versammlung im Schuhmacher-Amtshaus. — Tagesordnung: Besprechung eines Winterfestes. Der Vorstand. [4]

Augsburg Sozialdemokratischer Verein.
Samstag, den 28. Nov., Abends 8 Uhr: Monatsversammlung im neuen Lokal bei Bierbrauer Linder, ehemals Biofeld, Jakobstraße.
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Ausschuß [5]

Berlin Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonntag, den 29. Novbr., Nachmittags 4 Uhr, Köpcke-straße Nr. 160, neue Nr. 154, bei Herrn Pojckler.
Tanzkränzchen,
wobei Freunde der Gewerkschaft gerne gesehene Gäste sind.
J. A.: G. Lemke. [17 1/2]

Cöln Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonntag, den 29. November 1874:
Fünftes Stiftungsfest
verbunden mit Concert und Ball. — Der Reinertrag ist zum Besten des Kranken-Unterstützungsbundes.
Alle Freunde sind hierzu eingeladen. Das Comité. [17 1/2]

Gohlis Arbeiterverein.
Montag, 30. Novbr., Abends 1/9 Uhr: Versammlung im Bierstübel (Kunzsch). — Tagesordnung: Vortrag. Bericht des Wahlcomité's. Antrag: Weihnachtsbescherung betr. — Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig. — Gäste willkommen.
Sonntabend, den 28. Novbr., Abends 1/9 Uhr: Sitzung des Wahlcomité's bei Paaych. D. B. [7]

Hamburg Sonnabend, den 28. November, im großen Saal des Herrn Adolff, Concertgärtner:
Concert und Ball,
arrangirt von den Cigarrenarbeitern Hamburgs, unter Mitwirkung mehrerer Liedertafeln und des Herrn Andr. Kestelbed.
Saalöffnung 8 Uhr, Anfang 9 Uhr. — Entrée für Herren 6 Schill., für Damen 2 Schill.
Karten im Voraus, für Herren à 4 Schill., sind zu haben: bei G. Reichmann, Neue Gröningerstraße 3, und sämtlichen Comité-Mitgliedern. Das Comité.
NB. Der Reinertrag ist für die ausgescherrten Braunschweiger Cigarrenarbeiter bestimmt.
Für das Comité: H. Tappendorf. [35]

Leipzig Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonnabend, den 28. Novbr.: Versammlung gr. Windmühlentstr. 7. — Diskussion über eingegangene Fragen.
Aufnahme neuer Mitglieder. Der Vorstand. [4]

Club d. Rothhen Freitag, 27. Nov., Abends 8 Uhr
bei Richter: Besprechung über Weihnachtsbescherung.
Alle Mitglieder müssen erscheinen. [10]

Leipzig u. Umgegend Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Montag, den 30. d. Mts.: Versammlung bei Frödlisch, Nikolaststraße 38. — Tagesordnung: 1) Vortrags- 2) Fragelisten.
Erscheinen und durch uns zu beziehen ist: [4]

Die Grund- und Bodenfrage.
Von Wilh. Liebtnecht.
128 Seiten groß Oktav. Preis broschirt 5 Mgr.

Leipziger Hochverrathsprozess
nebst den „ungehaltenen“ Reden.
600 Seiten. Complet 1 Thlr.
Vorstehende Preise verstehen sich gegen baar oder Postvorschuß. — Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Expedition des „Volksstaat“.

Sieben ist erschienen die 3. Lieferung von J. Ph. Beckers
Neue Stunden der Andacht.
Preis pro Expl. 2 Gr. = 7 kr. südd.
Leipzig, 26. Novbr. Die Buchhandlung des „Volksstaat“. [12 1/2]

Volksstaatkalender für 1875.
Derselbe enthält außer dem bekannten Kalendarium (dem diesmal auch der katholische Kalender beigelegt ist), ein Verzeichniß der Messen und Märkte Deutschlands.
Literarischer Anhalt:
Die Hanauer Turner im badiß-rheinpfälzischen Aufstande 1849 nach den Papieren ihres Corpsadjutanten, des verstorbenen Albert Dammernow. Von dem noch lebenden Sigismund Borlheim, Batterieleutnant in der badiß-rheinpfälzischen Reiterarmee; Reihe Oskarn historisches Gemälde aus dem Bauenkrieg, von Robert Schweichel. Wo liegt die Rettung? Aus dem Tagebuch eines Sozialisten, von Otto Walcker. Zur Grund- und Bodenfrage. Verschiedenes.
Preis 3/2 Gr. gegen baar.
Bestellungen hierauf an die Buchhandlung des „Volksstaat“ zu adressiren.

Ferner ist eine kleine Partie
Volksstaatkalender für 1874
in Folge Remissionen noch auf Lager. Preis pro Exemplar 2 1/2 Gr. Leipzig.
Die Buchhandlung des „Volksstaat“.

Sieben ist erschienen:
Volksstaat-Fremdwörterbuch.
enthaltend
mehr als 12,000 Fremdwörter
mit
zutreffender u. verständlicher Erklärung
und genauer Angabe der richtigen
Ausprache und Betonung der Wörter
Scheffel 5 Mgr., gr. 6 1/2 Mgr.
Exp. d. Volksstaat.
Verantwortlicher Redakteur: W. Preißer (Lindenau).
Redaktion Hofstraße 4, Expedition Feichstraße 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.